Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Sozialdemokraten und der Bundesrat

Selten haben Bundesratswahlen so viel Emotionen ausgelöst wie jene vom vergangenen 7. Dezember. Und dadurch, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Nichtwahl ihrer offiziellen Kandidatin zum Anlass genommen hat, sich die schon lange schwelende «Gretchenfrage» der Regierungsbeteiligung nunmehr mit formeller Verbindlichkeit zu stellen, wird der 7. Dezember auch weiterhin lange Schatten werfen.

Noch ist es zu früh, um die Vorgänge rund um die Wahl einer abschliessenden Analyse zu unterziehen und zum Beispiel die Frage definitiv zu beantworten, wieweit die SP-Führung die Stunde zu nützen suchte, um für ihre Konfrontationspolitik, die früher oder später in die «Gretchenfrage» ausmünden *musste,* einen besonders spektakulären Hintergrund zu haben. Die Vermutung, dass mit der Hochstilisierung der Kandidatur Uchtenhagen zur nationalen Grundsatzfrage «Eine Frau in den Bundesrat – Ja oder Nein?» von internen Problemen abgelenkt und der «Schwarze Peter» dem Bürgerblock zugespielt werden sollte, steht aber immerhin stark genug im Raum, dass das Kernproblem, die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung als solche in einer stark mehrheitlich bürgerlichen Schweiz noch vermehrt in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden sollte. Denn von ihrer offiziellen Kandidatur war die Sozialdemokratische Fraktion noch drei Jahre zuvor bei weitem nicht so angetan, wie sie sich diesen Herbst den Anschein gegeben hat: Damals nämlich gab die gleiche Fraktion bei der Ausmarchung um das Präsidium des Nationalrates mit aller wünschenswerten Deutlichkeit der inzwischen in den Zürcher Regierungsrat gewählten Hedi Lang den Vorzug.

Um beim Thema Regierungsbeteiligung mit dem Vordergründigen zu beginnen: Die Nichtbestätigung offizieller Kandidaturen ist keineswegs eine Spezialität bürgerlicher Nadelstich-Politik gegenüber der SP. Das Parlament hat sich vielmehr von jeher die Freiheit bewahrt, nach eigenem Urteil zu wählen und sich allenfalls über offizielle Vorschläge von Fraktionen hinwegzusetzen – und dies nicht immer zum Nachteil des Kollegialsystems. Darum gehen den Nominationen normalerweise ja auch interfraktionelle Konsultationen voraus – eine bewährte Methode, von deren Gebrauch die SP diesmal allerdings geradezu schroff Abstand genommen hatte.

Ein Blick auf die Galerie der 40 Bundesräte, die in den letzten 50 Jahren gewählt worden sind, zeigt dies eindrücklich. Nicht weniger als ein Fünftel davon wurde ohne Segen ihrer Fraktion gewählt, und von den 8 entfallen nur 3 auf die SP: Tschudi, der dem ehemaligen Kommunisten Bringolf vorgezogen wurde, sowie Rit-

schard und Stich. Die Freisinnigen stellten 1940 den Welschen Crittin auf, doch das Plenum hob den St. Galler Karl Kobelt auf den Schild. 1954 ereignete sich der Sonderfall, dass der offizielle freisinnige Kandidat Schaller buchstäblich in letzter Stunde durch den Konservativen Lepori überrundet wurde. 1962 musste der offizielle CVP-Kandidat Tenchio dem Walliser Bonvin weichen; gleich erging es 1973 dem Freisinnigen Schmitt und dem CVP-Nationalrat Franzoni, denen Chevallaz und Hürlimann vorgezogen wurden.

Unter den restlichen 32 Magistraten gibt es eine ganze Reihe, die in langen und teilweise recht verwinkelten inner- und interparteilichen Evaluationen zur offiziellen Nomination gelangten. Das wohl spektakulärste Beispiel ist F. T. Wahlen, der 1958 nach langem Hin und Her von der SVP-Fraktion schliesslich gegen den Willen seiner eigenen Kantonalpartei, die den Berner Regierungsrat Siegenthaler vorgeschlagen hatte, zum offiziellen Kandidaten erkoren wurde. Wenn es im übrigen der Waadtländer Delamuraz am 7. Dezember als offizieller Kandidat auf Anhieb geschafft hat, so war dies keineswegs zum vorneherein selbstverständlich. Das Blatt wendete sich erst am Vorabend der Wahl definitiv zu seinen Gunsten, als der Bürgerblock auf die unerbittliche Abhalfterung von Bundeskanzler Buser durch die SP-Fraktion seinerseits durch einen Akt der Selbstdisziplinierung reagierte und dabei den offiziellen freisinnigen Anwärter instinktiv in die Aktion miteinbezog.

Doch nun zum Sonderproblem der SP-Regierungsbeteiligung: Es ist zweifellos davon auszugehen, dass die drei bürgerlichen Parteien von ihren programmatischen Ansätzen her immer wieder einen relativ breiten gemeinsamen Nenner finden. Die Sozialdemokraten bekunden da von Natur aus mehr Mühe. Es kommt denn auch nicht von ungefähr, dass ihr Eintritt in die eidgenössische Regierungsverantwortung in einer Zeit des nationalen Notstandes, mitten im Zweiten Weltkrieg, erfolgte, und dass sie 1959 nach einem offenbar wenig bekömmlichen fünfjährigen Aufenthalt im «Gesundbrunnen der Opposition» in einer Phase in den Bundesrat zurückkehrten, als das «Zeitalter der Ideologien» zu Ende zu gehen schien – man sprach von einer wachsenden Verbürgerlichung des Sozialismus – und die wirtschaftliche Entwicklung einen Ausbau des Sozialstaats ermöglichte, den sich die Sozialdemokraten zu grossen Teilen als politischen Erfolg an den eigenen Hut zu heften suchten.

Diese Zeiten sind längst vorbei. Die SP hat eine veränderte Struktur der Mitgliedschaft. Der intellektuelle Flügel ist auf dem Hintergrund einer ungeahnten marxistischen Renaissance in den sechziger und siebziger Jahren, aber auch als Folge soziologischer Umschichtungen immer stärker geworden. Dazu kommt der objektive Sachverhalt einer veränderten Wirtschaftslage, in der nicht mehr viel zum Umverteilen übrig bleibt. Damit aber wird es für eine ideologisch orientierte Sozialdemokratie immer schwieriger, sich in unsere Konkordanzdemokratie einzufügen.

Unser kollegiales Regierungssystem lebt von einer «überpersonalen Kontinuität», wie es Kurt Eichenberger einmal formuliert hat. Es setzt ein Mindestmass an «Kollegialbewusst-

sein» der Regierungsmitglieder voraus. Wenn dieses Mindestmass fehlt, kommt es zu einer Atomisierung des Kollegiums. Der Kompromiss als konstruktive Form der Problemlösung weicht dann einer Reduktion der Regierungstätigkeit auf die departementale Ebene. Konflikte werden im Kollegium durch eine wachsende Tendenz zum Entscheidungsaufschub umgangen.

Es kommt angesichts dieser Struktur unseres Regierungssystems nicht von ungefähr, dass jene Sozialdemokraten als Mitglieder des Bundesrates am besten abschnitten, die schon Regierungserfahrung und damit den pragmatischen Willen zur Konsensbildung mitbrachten. Der sonst hochqualifizierte Max Weber scheiterte wohl am Mangel dieser Erfahrung, und wenn das Parlament 1973 Willi Ritschard den Vorzug gab, so tat es dies vor allem im Wissen um dessen ausgeprägte Integrationsfähigkeit.

Was in diesen Wochen rund um die Bundesratswahlen geschehen ist und noch weiter geschehen wird, bekommt damit im ganzen betrachtet eine Dimension, bei der es nicht mehr um Personen geht. Es geht vielmehr um eine grundsätzliche Klärung der sozialdemokratischen Position in diesem Staat und diesem Regierungssystem. Die Option mag ausfallen wie sie will – das Resultat wird so oder so besser sein als die politische Realität der letzten Jahre. Eine Bundesratspartei, die ständig zwischen der Lust zum Mitregieren und der Sucht zur Systemveränderung hin und her gerissen wird, erfüllt auf die Dauer weder den Auftrag ihrer Wähler noch ihre staatspolitische Rolle.

Richard Reich

Monsieur prix – eine brüchige Klagemauer

Am 28. November des vergangenen Jahres haben Volk und Stände einer Initiative zugestimmt, die dem Bundesrat die Aufgabe zuspielte, eine *Preisüberwachung* als Dauereinrichtung auf die Beine zu stellen. Nach der Absicht der Initianten sollte die neue Preisüberwachungsvariante einen *wettbewerbspolitischen Auftrag* erhalten. Es geht mithin nur um das preispolitische Verhalten von Kartellen und ähnlichen Organisationen. Es geht um Unternehmungsgruppen (Kartelle) oder einzelne Unternehmungen (ähnliche Organisationen) mit Marktmacht.

Der Bundesrat hat, nachdem ihm dieser eher ungeliebte Auftrag übertragen worden war, rasch und prompt geschaltet. Nach einem runden Jahr liegen nicht nur die Gesetzesentwürfe, sondern auch die Vernehmlassungsergebnisse vor. Das ist, an helvetischen Massstäben gemessen, rekordverdächtig. Von einer angeblichen Verzögerungstaktik sind nicht einmal Spurenelemente zu entdecken. Monika Weber, die die Preisüberwachung zu «ihrem» Geschäft gemacht hat, kann sich den angedrohten Marsch nach Bern sparen. Das Gerangel um die

konkrete Ausgestaltung der Preisüberwachung kann nun im Vorfeld der parlamentarischen Auseinandersetzung, die nach den Absichten von Bundesrat Furgler bereits in der Frühjahrssession stattfinden soll, beginnen. Es zeigt sich schon heute mit einiger Klarheit, dass zwischen dem Verfassungsauftrag und den *Erwartungen* sowohl weiter Bevölkerungskreise wie auch etablierter gesellschaftlicher Organisationen – etwa der Gewerkschaften – offenbar eine erhebliche Diskrepanz besteht. Hatten diejenigen, die der Initiative seinerzeit zustimmten, tatsächlich *den* Preisüberwacher im Auge, der lediglich den Kartellen und ähnlichen Organisationen auf die Finger zu schauen hat, oder ging es ihnen nicht eher um einen Preisüberwacher nach altem Muster? Ging es ihnen nicht um jenen Monsieur prix, der sich ganz allgemein mit steigenden Preisen zu beschäftigen hat? Diesen väterlichen Preisüberwacher indessen, der sich liebevoll und mit mehr oder weniger grossem psychologischem Geschick um alles kümmert, was da so an Preisnöten bei den Konsumenten herumschwimmt, wird es *nicht* mehr geben. Der neue Verfassungsauftrag hat eine andere Zielrichtung. Und diese ist eindeutig. Es gibt an ihr nichts herumzumäkeln.

Mit der wettbewerbspolitischen Zielrichtung ist die *Klagemauerfunktion* des neuen Preisüberwachers erheblich eingeengt. Er ist nicht mehr jener Allerweltskerl, der sich den Preis-Kümmernissen des «kleinen Mannes» annehmen kann. Seinen Drohfinger darf er erst dann erheben, wenn ein Kartell oder eine ähnliche Organisation auf der Anklagebank Platz genommen hat. Und auch in diesem Falle ist zu vermuten, dass seine Chancen, sich durch forsche Zugriffigkeit auszeichnen zu können, die die Konsumenten in spontanen Beifall ausbrechen lässt, eher bescheiden sind. Er müsste nämlich den Beweis erbringen können, dass sich der von einem Kartell oder einer ähnlichen Organisation praktizierte Preis durch die Kosten, die für die Leistungserstellung notwendig sind, nicht rechtfertigen lässt. Als Aussenstehender und in der Regel wohl auch Branchenfremder sieht er sich einer fast hoffnungslosen Aufgabe gegenübergestellt.

Deshalb ist davon auszugehen, dass sich der neue Preisüberwacher nicht mehr im gleichen Masse in der wärmenden Sonne der Konsumentengunst wird räkeln können, wie das noch seinen Vorgängern vergönnt war. Die Enttäuschungen werden ratenweise kommen. Die Schweiz wird mit der Preisüberwachung wohl die gleichen Erfahrungen machen müssen wie jene Länder, die nach Jahren und Jahrzehnten der praktischen Erprobung diese nun wieder mehr und mehr abschaffen. Diese eher trüben Aussichten werden jedoch «mutige» Politiker kaum davon abhalten, sich nach dieser Position zu drängen. «Im allgemeinen gut unterrichtete Kreise» wollen denn auch wissen, dass Angebote schon heute in ausreichendem Masse vorhanden sind.

Willy Linder

Ein Markt ist keine Gemeinschaft

Die Europäische Gemeinschaft wird in Frankreich meist nur «Le Marché Commun», in England «The common market» genannt. In Athen ist nicht eine Gemeinschaft zerbrochen oder in eine tiefe Krise getreten; es wurde gemarktet, und der Handel kam nicht zustande.

Regierungschefs diskutierten um die Erzeugung und Lagerung von Milchprodukten – die EG-Länder produzieren davon dank der Subventionen zwanzig Prozent über ihren Verbrauch und können den Überschuss nur sehr verbilligt, wiederum mit Subventionen, ausserhalb der zehn Länder loswerden.

«Markt» heisst natürlich nicht «reine Marktwirtschaft»; die gibt es mindestens im bäuerlichen Sektor nirgends, zu dem auch ausgesprochene «Agrarfabriken» gehören ohne Bauern, die man «Landschaftsgärtner» nennen könnte.

Agrarsubventionen als typischen oder besonderen EG-Skandal zu kennzeichnen, verkennt diese Gegebenheit. Wäre die Summe der besonderen Subventionen der Zehn so viel geringer als die europäische Stützung? Der Unterschied ist, dass die Kosten in nationalen Budgets mit der Finanzierung in direkteren Zusammenhang gebracht werden. Die EG kann ihre Einnahmen nicht gestiegenen Ausgaben anpassen, ihr Parlament hat keine Befugnis solcher Art, und da die nationalen Interessen nicht gleich laufen, ist die Einigung über das Mass der direkten EG-Einnahmen hinaus so schwer, vielleicht nicht möglich. Ein Staat kann sich ein Budget mit Defizit leisten, internationale Kredite aufnehmen. Die EG kann es vorläufig nicht.

«Markten» heisst also nicht am «freien Spiel der Kräfte» teilnehmen, sondern darüber wachen, dass dem jeweiligen Staat die EG keine dauernde Belastung wird. Die Bundesrepublik hatte politische und andere Gründe «Zahlmeister» zu sein, die Engländer haben diese Gründe nicht. Und da Frau Thatcher früher Zugeständnisse gemacht wurden, die faktisch zugeben, dass der Mechanismus der Zahlungen, der sich gegen England wendet, nicht gerecht oder zumutbar ist, konnte sie in Athen sehr wohl – und von nationalem Konsens getragen – weitere Zugeständnisse imperativ fordern.

Der französischen Regierung – jeder französischen Regierung – scheint es vertretbar, wenn achtzig Prozent des EG-Budgets dem Agrarfonds dient. Wer die Landwirte gegen sich aufbringt, kann Wahlen nicht gewinnen. Der Abstand zwischen Regierung und Opposition ist in allen Demokratien so gering, dass starke Interessengruppen nicht übergangen werden können.

Gaston Thorn, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, hatte in Zürich am 5. Septem 1983 gesagt: «Stuttgart hat noch keine Lösungen gebracht. Doch ist dort unwiderruflich der Startschuss für die entscheidende Runde (in Athen) gefallen. Wenn es in den kommenden Monaten gelingt – und wir alle arbeiten hart daran – die Richtlinien des Gipfeltreffens in konkrete Entscheidungen umzusetzen, wird man von

Stuttgart als einem historischen Gipfel sprechen können, auf dem eine neue Epoche europäischen Fortschritts und europäischer Zusammenarbeit eingeleitet wurde.» Und Thorn wies auf die kommende zweite Direktwahl des europäischen Parlaments. 1984 werde in vielerlei Hinsichten für Europa «ein Stich-Jahr» werden.

In vielen Reden – Gaston Thorns wie Aussenminister Genschers und anderer – wird neuerdings immer stärker betont, dass die EG zu keinem Durchbruch in Richtung auf neue Technologie fähig war und es auf diesem entscheidenden Gebiet sehr wenig Gemeinschaft gegeben hat. Die französische Thomson suchte einen deutschen Partner und fand einen japanischen. In den USA wie in Japan sind Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden, in der EG keine. Neben den USA und Japan ist die EG nicht ein dritter Grosser – sondern in der Entwicklung zurückgeblieben.

Dieses Gefälle ist mindestens so wichtig wie das Gefälle in Entwicklung und Lebensniveau zwischen den verschiedenen EG-Staaten. Man spricht von Dritte Welt als einem Zustand, der aufhören sollte – und wird selber in internationalen Proportionen zu einem «Tiers Monde».

Wenn aber der «Gemeinsame Markt» weder seine selbständig gewordene Agrarwirtschaft meistern noch die technischen Fortschritte leisten kann, dann ist nicht nur der ursprünglich politische Impuls, sondern der unterwegs zum Selbstzweck gewordene wirtschaftliche Impuls gelähmt. Für Konrad Adenauer und den französischen Aussenminister Robert Schuman sollte 1950 die Montanunion «eine Etappe der europäischen Föderation» sein, um Kriege zwischen Frankreich und Deutschland auch «materiell» unmöglich zu machen. Fünf Jahre später forderten die Beneluxstaaten: «Eine neue Etappe auf dem Weg zur europäischen Integration soll zurückgelegt werden.»

Die Mechanismen, die Strukturen der Wirtschaft haben es nicht geschafft und werden es niemals schaffen. Die Vorstellung eines wirtschaftlichen Unterbaus, auf dem sich ein politischer Überbau erheben werde, war unrichtig. Eine Föderation entsteht durch eine politische Entscheidung und Tat, nicht durch «Mechanismen», die zu Unumkehrbarkeit, zum «point of no return» führen.

Die siebzehn Stunden Gespräche zwischen Regierungschefs in Athen waren im eigentlichen Sinn Milchmädchenrechnungen gewidmet. Sie mussten, da die Experten nicht weiter kamen, selber Experten spielen. Es war nicht eine gescheiterte, sondern überhaupt keine politische Gipfelkonferenz.

Wird aus dem zugestandenen Scheitern neue Energie erwachsen? Gaston Thorn sagte in Athen zu Journalisten, als er von einer Sitzung kam, traurig: «Sie beschimpfen einander nicht einmal mehr.» Wenn man sich nicht rauft, kann man sich auch nicht zusammenraufen. Die «Interessen» sollten den Kitt bilden, sie sind aber der Sprengstoff. Ohne einen neuen politischen Einsatz ist da nichts zu gewinnen. Doch wer will ihn wagen?

François Bondy

Interpellation über Theaterdrucksachen

Zur Zürcher Dramaturgie

Die Dramaturgie ist für das Theater, was das Lektorat für den Verlag und die Redaktion für die Zeitung oder die Zeitschrift. Als Aufgaben des Dramaturgen werden etwa genannt das Lesen und Beurteilen von Stücken, die massgebliche Mitbestimmung des Spielplans, vornehmlich auch die Redaktion der Programmhefte und überhaupt aller die Öffentlichkeitsarbeit betreffenden Drucksachen. Dem überzeugenden Konzept, der Findigkeit und den Ideen der Dramaturgie danken die Schaubühnen seit je ihre Originalität, ihre intellektuelle Schärfe und Klarheit, ihre Haltung. Man merkt es daher der Arbeit eines Theaters an, ob es eine leistungsfähige und kompetente Dramaturgie habe und sie auch zu nutzen wisse. Glanz und Brillanz der Inszenierungen, Überzeugungskraft schauspielerischer Leistungen und Zauber der Ausstattung sind das, was von der Theaterarbeit allabendlich sichtbar wird. Aber den Geist, aus dem heraus alles entsteht, die Linie, auf die es bezogen ist, müsste die Dramaturgie bestimmen und ab und zu auch in Kommentaren und Glossen verdeutlichen. Sie diskutiert und analysiert die aktuelle geistige und politische Situation, sie ist mit den zeitgenössischen Autoren im Gespräch, sie regt bei ihnen Projekte an, und sie erläutert gleichzeitig die Unternehmungen des Theaters in begleitenden Texten. Sie leistet Vorarbeit und Nacharbeit auf dem Felde, auf dem das darstellende Spiel seine wahre Funktion hat. In alter wie in neuster Zeit gibt es Beispiele vorbildlicher Dramaturgenarbeit. Nicht selten waren es übrigens Dramatiker, die dieses Amt hervorragend versahen, von Zuckmayer über Kornfeld bis zu Botho Strauss etwa, dessen Programmhefte für die Schaubühne am Halleschen Ufer von der Sorgfalt und der Gründlichkeit kontinuierlicher Theaterarbeit zeugen.

Als die Dramaturgie des Zürcher Schauspielhauses ihre Absicht bekanntgab, vom Programmheft auf eine grossformatige Zeitung umzustellen, begründete sie diesen Schritt damit, dass auf diese Weise mehr und beweglicher informiert werden könne. Die Theaterarbeit durch Analysen, Porträts, Berichte, Reportagen und vielleicht auch kritische Kontroversen intensiver als bisher begleiten zu wollen, war gewiss ein guter Vorsatz. Man musste ihn herzlich loben.

Ich kann mir nicht vorstellen, aus welchen Gründen die Dramaturgie des Schauspielhauses nach so kurzer Zeit schon resigniert hat. Von den beherzigenswerten Absichten wird jedoch je länger je weniger in die Tat umgesetzt, und zudem schleichen sich Nachlässigkeiten ein und werden dem Theaterbesucher und Leser der gedruckten hauseigenen Information sprachliche Ungereimtheiten zugemutet, die allmählich symptomatisch werden. Vor einiger Zeit noch dachte ich, es handle sich um Ausnahmen, Ausrutscher eines sprachlich nicht Sattelfesten. Jetzt muss ich eher annehmen, diese Seite der Arbeit werde vernachlässigt, weil vielleicht Sorgfalt in diesen Dingen

keine Lorbeeren bringt und darum nicht so wichtig genommen wird. Früher gab's das Programmheft, und das war – wie meine Sammlung aus drei Jahrzehnten belegt – immer auch ein Forum der Auseinandersetzung, ein Podium für Gäste auch, ein Ort geistiger Begegnungen. Das nahm freilich ab, und Originalbeiträge wurden seltener. Heute nun gibt die Dramaturgie neben der weissen Ausgabe der Zeitung, der ein handlicher Theaterzettel beiliegt, auch noch die auf rotem Papier gedruckte Beilage heraus, das «Extrablatt» mit der Spielplanvorschau auf die nächsten dreissig Tage, und im «Keller» gibt es wiederum anders gestaltete Prospekte. Vielleicht ist nur schon die Vielfalt der Formate und die Vielfalt der Zweckbestimmung eine Belastung. Dann müsste man sich fragen, ob man nicht zum alten Programmheft zurückkehren sollte, dies dann aber mit Sorgfalt gemacht, mit Originalbeiträgen, mit wirklicher, lebendiger Information zur laufenden Theaterarbeit. Denn damit steht es jetzt nicht zum besten.

Als Beleg für meine Interpellation über Theaterdrucksachen drei Beispiele: 1. Zur Uraufführung des Stücks *«Mercedes»* von Thomas Brasch erschien eine 24 Seiten umfassende Neuausgabe der Zeitung des Schauspielhauses, deren Textseiten ein paar als «Prolog» bezeichnete Verse aus dem Stück und im übrigen die deutsche Fassung einer Erzählung von Julio Cortázar enthielten. Über Thomas Brasch ist in dem Blatt etwa soviel zu erfahren, wie im Vorsatzblatt eines Taschenbuchs über ihn steht; über das Stück, das immerhin uraufgeführt wurde, nichts. Eine grosse Zürcher Tageszeitung brachte in ihrem «Kulturspiegel» ein Gespräch mit Thomas Brasch, das mehr Information enthielt als die ganze Ausgabe der Schauspielhaus-Zeitung. – 2. Die darauf folgende Ausgabe der Zeitung erschien zur Premiere der Komödie *«Ein besserer Herr»* von Walter Hasenclever. Hier nun gab es zwar viel Text, hier musste man nicht – wie in der vorangehenden Nummer – einen übergrossen Schriftsatz und viel Durchschuss nehmen, um die Seiten mühsam zu füllen. Aber man machte sich's dennoch zu leicht: man plünderte einfach alte Bücher, man druckte ausgiebig aus Kurt Pinthus und aus Walter Benjamin ab. Dass die Spielplanidee, Hasenclevers Komödie, die nahezu vergessen war, erneut auf die Bühne zu stellen, aus heutiger Sicht zu diskutieren wäre, scheint mir zu den Aufgaben der Dramaturgie zu gehören. – 3. Im «Keller» spielt man zur Zeit *«Top Girls»* von Caryl Churchill, und da in diesem Erfolgsstück (das freilich böse dramaturgische Schwächen hat) auch Figuren aus Geschichte und Literatur auftreten, muss ein ausführlicher Theaterzettel darüber informieren, wer Griselda, wer die Dame Nijo und wer die Päpstin Johanna gewesen sind. Leider ist der informative Text dieses Theaterzettels voller Druckfehler. Es scheint, zur Korrektur habe niemand Zeit gehabt. Natürlich ist niemand gegen den Druckfehlerteufel gefeit. Ich will beileibe nicht kleinlich sein. Aber der Eindruck, den dieser Faltprospekt auf Glanzpapier hinterlässt, ist leider der, dass man auf Rechtschreibung, Interpunktion und sprachliche Sorgfalt wenig achtet.

Fehlt es an Zeit? An der Organisation? Oder sind am Ende die Vorstellungen verfehlt, die ich mir von der

sinnvollen Arbeit einer dramaturgischen Abteilung mache? Sowohl was die Gestaltung der den Spielplan begleitenden Programme oder Zeitungen wie was die akkurate Sprachpflege angeht, wünschte ich mir mehr Eigenleistung und Sorgfalt, weniger «Scherenschnitte» und mehr Aufsicht. Es muss am Theater eine Stelle geben, die den Buchstaben pflegt und sich die Sorgfalt im Umgang mit Texten zur Pflicht macht. Das hat, glaube ich, nichts mit Pedanterie zu tun. Die Redaktion der Schauspielhaus-Zeitung, eines Blattes, das ausdrücklich zur kontinuierlichen Begleitung der Theaterarbeit gegründet worden ist, darf an dem gemessen werden, was sie vor noch nicht allzu langer Zeit versprochen hat.

Anton Krättli